



Liebe Leserinnen und Leser,

als Union haben wir großes Vertrauen in die Tarifvertragsparteien, denn ihre partnerschaftliche Sozialkultur. Daher ist uns die Tarifautonomie ein hohes Gut. Sie ist das Ergebnis der großen Verantwortungsbereitschaft der Tarifpartner. Auch künftig soll die Sorge für angemessene Löhne bei starken Arbeitgeberverbänden und starken Gewerkschaften liegen, die für ihre Mitglieder verbindliche Abmachungen treffen können.

Für den Notfall muss es eine Allgemeinverbindlicherklärung der Tarifverträge geben, um angemessen auf soziale Verwerfungen durch ausländische Arbeitnehmer reagieren zu können, die nach den Bedingungen ihrer Heimatländer entlohnt werden. Künftig lassen sich grundsätzlich in allen Branchen unterste Tariflöhne durch die Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sowohl für deutsche als auch für ausländische Arbeitnehmer festschreiben, um Lohndumping wirksam zu verhindern.

Obwohl für die Mehrheit der in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer Tarifverträge gelten, nahm die Tarifbindung insgesamt stark ab. Soziale Verwerfungen in den Branchen mit keinen oder nur gering wirksamen Tarifverträgen wollen wir verhindern. Deshalb erhalten die Tarifvertragsparteien nun neben den Mitteln, die das Arbeitnehmer-Entsendegesetz bietet, in einer Kommission die Möglichkeit zur Anpassung des allgemeinen Mindestlohns. Dieser wird zum 1. Januar 2015 in Höhe von 8,50 Euro je Stunde eingeführt. Nach dieser einmaligen gesetzlichen Vorgabe wird die Mindestlohnkommission seine Höhe festlegen, was unserem ordnungspolitischen Verständnis einer systemgerechten und sozialpartnerschaftlichen Basis entspricht.

Um unerwünschte Wirkungen des Mindestlohns auf die Beschäftigungslage zu verhindern, haben wir unsere Vorstellungen bereits eingebracht: Etwa durch die Ausnahmeregelung für Langzeitarbeitslose. Über weitere notwendige Veränderungen verhandeln wir jetzt mit der SPD.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

KURZ UND BÜNDIG

26.5. Gespräch mit dem Betriebsrat des Alstom-Standortes Salzgitter zu aktuellen Themen

27.5. Gespräch mit der DAK Braunschweig über gesundes Arbeiten

28.5. und 4.6. Gespräch mit den (stv.) Vorsitzenden des Niedersächsischen Landvolks Braunschweiger Land zum EEG

28.5. Bürgergespräch in Salzgitter

30.5. Teilnahme an der Eröffnung des Abbenroder Mühlencafés

1.6. Besuch des traditionellen Volksfestes in Winnigstedt

DABEI SEIN – TERMINE

9.6. Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro Wolfenbüttel von 14 bis 16 Uhr

21.6. 40 Jahre Jugendfeuerwehr Destedt

22.6. 140 Jahre Freiwillige Feuerwehr Hedeper

Außerdem. Besuch regionaler Schützenfeste



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe-lagosky@bundestag.de



Einer von uns in Berlin Sitzungswoche vom 2. bis 6. Juni

Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Über die Ergebnisse des Informellen Abendessens der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten am 27. Mai 2014 in Brüssel sowie zum G7-Gipfel am 4./5. Juni 2014 in Brüssel informierte Kanzlerin Merkel in dieser Woche den Deutschen Bundestag. Vor dem Hintergrund der Probleme in der Ukraine wird deutlich: Europa ist eine Werte- und Schicksalsgemeinschaft. Deutschland profitiert von dem gemeinsamen Auftreten der Europäer, denn auch als bevölkerungsreichster Staat Europas ist unser Land angesichts der Globalisierung allein nicht stark genug. Der Europäische Rat hat sich mit den Herausforderungen befasst, die diese Globalisierung für Europa bedeutet und betont, dass der Ausbau der Wirtschafts- und Währungsunion eine Grundlage für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeit für die Menschen in Europa ist. Auch in der Energiepolitik muss unser Kontinent gemeinsam handeln.

Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer. Wir legten in erster Lesung einen Gesetzentwurf vor, in dem der Umgang mit Asylsuchenden und ihren Anträgen aus drei Balkanstaaten (Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina) geregelt wird. Damit setzen wir eine weitere Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um.

Zweites Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Der Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung berieten, sieht im Wesentlichen den Wegfall der Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Personen vor. Zwei Nachweise sind dafür notwendig: Mindestens acht Jahre vor dem

Vollenden des 21. Lebensjahres mussten in Deutschland verbracht worden sein; ein sechsjähriger Schulbesuch oder ein im Inland erworbener Schul- oder Ausbildungsabschluss sind ebenfalls notwendig.



Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung. Wir beschlossen in zweiter und dritter Lesung Veränderungen bei der Beitragsfinanzierung zur Gesetzlichen Krankenkasse. Das Gesetz legt hierfür unter anderem den paritätisch finanzierten Beitragssatz von derzeit 15,5% auf 14,6% fest. Dabei wird der Arbeitgeberanteil auf 7,3% festgeschrieben. Der bisherige pauschale kassenindividuelle Zusatzbeitrag wird umgewandelt in einen prozentualen Zusatzbeitrag vom beitragspflichtigen Einkommen. Ein vollständiger Einkommensausgleich wird über den Zusatzbeitrag angewendet, um unterschiedliche Einkommensstrukturen der Kassen nicht in Wettbewerbsverzerrungen münden zu lassen. Ebenfalls kommt es zu Änderungen des morbiditätsorientierten Risikoausgleichs im Bereich des Krankengeldes und der Auslandskrankenversicherten. Nicht zuletzt sieht das Gesetz die Gründung eines fachlich unabhängigen wissenschaftlichen Instituts für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen durch den gemeinsamen Bundesausschuss vor.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe-lagosky@bundestag.de



Abpfeiff: Vom Plenum zurück in den Hörsaal.



Nach drei Monaten beendet Philipp Luer sein Praxissemester in meinem Berliner Büro. „Es war für mich eine spannende Erfahrung das Politikgeschehen live mizuerleben. Was von meinen vielen Erlebnissen das Beste war, kann ich gar nicht sagen. Sicherlich gehört das Treffen mit unserer Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zu den aufregendsten Momenten. Dafür möchte ich mich besonders bei Uwe Lagosky bedanken, der mir diesen Wunsch erfüllt hat“, so Luer.

Informationen über Praktika bei mir finden sich auf meiner Homepage. Bei weiteren Fragen stehen meine Berliner Mitarbeiter gerne zur Verfügung.

Jugend und Parlament. Vom 31. Mai bis 3 Juni simulierten 315 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet die parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Während des Spiels nahmen die Jugendlichen die Rolle fiktiver Abgeordneter an, hielten Fraktions- und Arbeitsgruppensitzungen ab, diskutierten im Plenum und Ausschüssen und führten abschließend eine Plenardebatte. Alle Stationen regulärer Gesetzgebungsverfahren – Kontroversen inklusive! Mit dabei war ein bekanntes Gesicht aus der Jungen Union Wolfenbüttel: Alexander Mütze.

Auf Einladung von Uwe Lagosky schlüpfte er in die Rolle eines Bundestagsabgeordneten. Der Jungpolitiker musste sich mit dem Entwurf zur „Regelung des Ausbaus von Windkraftanlagen an Land“ befassen. Highlight der Simulation war die abschließende Debatte im Plenarsaal: Ans Pult treten und versuchen, Mehrheiten für das politische Anliegen gewinnen. Feierlicher Abschluss des Planspiels bildete das Schlusswort von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert.



Besuch aus Fernost. Wǒ fēicháng gāoxìng rènrshí nǐ – das war Chinesisch und bedeutet: Ich freue mich, Sie kennenzulernen. Hilmar Mittendorf besuchte mich mit seinen Gästen aus der Volksrepublik China und Hongkong. Für mich als Mitglied der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe war das ein schöner Abschluss dieser Sitzungswoche. Durch das Reichstagsgebäude führte ich dann aber englischsprachig...



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe-lagosky@bundestag.de



Mittendrin im Wahlkreis 49 26. Mai bis 1. Juni



Antrittsbesuche bei Bürgermeistern im Wahlkreis. Für mich ist Präsenz im Wahlkreis das A und O. Was läuft gut, wo kann für die Menschen noch mehr geleistet werden? Antworten hierauf erhalte ich u.a. von den Verwaltungsratschefs der Landkreise und Städte unserer Region. Mein Ziel, mit allen zu sprechen, habe ich schon bald erreicht. Meine wichtigste Botschaft lautet dabei: Die Kommunalinteressen in einer Unionsgeführten Bundesregierung sind weiterhin in guten Händen! Dafür trete ich auch als Mitglied in der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion ein. Auf dem Bild bin ich mit Seesens Bürgermeister Erik Homann zu sehen.

Zum Schluss, doch nicht das Letzte

Europawahl. Als Union und mit unserer Parteienfamilie, der Europäischen Volkspartei, haben wir die Europawahl eindeutig gewonnen. Damit ist klar, dass unser Spitzenkandidat Jean-Claude Juncker neuer Präsident der Europäischen Kommission werden soll. In dem komplizierten Verfahren zwischen Europäischem Rat und Europäischem Parlament sind jetzt hohe Diplomatie und nicht lauter Krawall notwendig. Wir wissen um die schwere

Aufgabe unserer Bundeskanzlerin, Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsidenten und einen deutschen EU-Kommissar aus der CDU durchzusetzen.

Ukraine. Auch außerhalb Deutschlands und der EU war der 25. Mai ein wichtiges Datum. In der Ukraine wurde ein neuer Präsident gewählt: Petro Poroschenko übernimmt das Amt in einer für sein Land schwierigen Zeit. Obwohl die übergroße Mehrzahl der Ukrainer ein Auseinanderfallen des Staates ablehnt, treiben die Separatisten im Osten der Ukraine ihr zynisches Spiel weiter. Die schweren Kämpfe, die die regulären ukrainischen Streitkräfte um die Kontrolle der in ihre Gewalt gebrachten Regionen austragen, machen uns betroffen. Wir hoffen, dass es rasch zu Gesprächen und so zu einer friedlichen Auflösung der schwierigen Situation in diesem so wichtigen Nachbarstaat der EU kommt. Wir appellieren an Russland, dass es seiner Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben in der Ukraine nachkommt.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe-lagosky@bundestag.de

